

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend schnellere Asylverfahren in zweiter Instanz**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

#### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass die derzeit bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten für ein möglichst schnelles Asylzuerkennungs- sowie -aberkennungsverfahren bei rechtskräftiger Verurteilung aufgrund eines schwerwiegenden Strafdelikts genutzt werden. Um dies zu gewährleisten, ist eine ausreichende personelle Ausstattung der damit befassten Behörden sicherzustellen.

Darüber hinausgehend wird an die Bundesregierung appelliert, durch eine umfassende Personalaufstockung im Bundesverwaltungsgericht eine generelle Beschleunigung von Asylverfahren in hoher Qualität zu ermöglichen.

#### **Begründung**

Wenn schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass ein Asylwerber eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt – wie z.B. nach einer Gewalttat – dann gibt es die Möglichkeit eines beschleunigten Verfahrens (§ 27a AsylG iVm §18 Abs 1 BFA-VG). In diesem Fall ist das Verfahren in fünf Monaten durchzuführen, die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde kann aberkannt werden. In erster Instanz funktioniert das bereits sehr gut, weil bei Aberkennungsverfahren das bereits personell aufgestockte Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) die Bearbeitungsgeschwindigkeit selbst in der Hand hat.

Im Bundesverwaltungsgericht dagegen liegen mit Jahresbeginn mehr als 40.000 Beschwerden in der Warteschleife. Dadurch kommt es generell zu untragbar langen Verfahren vielfach von drei Jahren und mehr. Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts rechnet ohne Personalaufstockung mit einer weiteren Verschärfung durch ein Anwachsen der Fälle auf bis zu 50.000 und damit weiteren massiven Verzögerungen. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, eine deutliche Aufstockung der richterlichen und nichtrichterlichen Planstellen rasch zu verwirklichen.

Linz, am 9. April 2019

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Buchmayr, Böker, Schwarz, Kaineder**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Sigl, Hingsamer, Kölblinger, Hattmannsdorfer, Pühringer, Manhal, Langer-Weninger,  
Rathgeb**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr, Gruber**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor**